## **Die KLARTEXT-Kolumne**

## Liebe Bremerhavener,



die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Nicht einmal drei Prozent der Asylsuchenden aus den Maghreb-Staaten Algerien, Tunesien und Marokko werden bei uns als schutzbedürftig anerkannt. Das Gros dieser Zuwanderer hat also kein Bleiberecht. Dennoch halten sich viele von ihnen jahrelang in Deutschland auf und müssen vom Sozialstaat alimentiert werden. Junge Männer aus Nordafrika weisen zudem eine deutlich höhere Kriminalitätsrate auf als andere Migranten.

Angesichts dieser Fakten muss alles getan werden, um den Zuzug vermeintlicher Flüchtlinge aus dem Maghreb zu begrenzen und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber rasch in ihre Heimat zurückzuführen. Es wäre deshalb ein Gebot der Stunde, dass der Gesetzgeber Algerien, Tunesien und Marokko als sogenannte sichere Herkunftsländer einstuft. Dadurch könnten die Asylverfahren erheblich beschleunigt und der Aufenthalt dieser Ausländer in Deutschland verkürzt werden.

Doch die dafür notwendige Gesetzesänderung wird von Grünen und Linken im Bundesrat blockiert. Auch der rot-grüne Bremer Senat weigert sich, der Vorlage in
der Länderkammer zuzustimmen. Treibende Kraft sind die Grünen, denen es weniger um Humanität als um Ideologie geht. Die Öko-Partei will, dass möglichst viele
Zuwanderer kommen und bleiben, um die Umwandlung Deutschlands in eine "bunte"
multikulturelle Gesellschaft voranzutreiben. Trotz der offensichtlichen Probleme, die
dieses Konzept mit sich bringt. Und die SPD spielt mit, um die Option einer linken
Koalition nach der Bürgerschaftswahl nicht zu gefährden und in Bremen weiter an der
Macht bleiben zu können.

Ideologische Borniertheit und machttaktische Erwägungen ersetzen also die politische Vernunft - zum Schaden der Bürger, die die Folgen des Asylmissbrauchs im Alltag auszubaden haben. Echte Volksvertretung sieht anders aus, meint Ihr

Jan Timke, MdBB

BIW-Gruppenvorsitzender

Wie ist Ihre Meinung dazu? Schreiben Sie uns!

V.i.S.d.P.: Gruppe BÜRGER IN WUT, Ludwigstr. 20, 27570 Bremerhaven, Tel.: 0471-92927692, E-Mail: info@buerger-in-wut.de,

Internet: www.biw-gruppe.de